Entwicklungsgesellschaft Niederschlesische Oberlausitz mbH

Elisabethstraße 40
02826 Görlitz

+49 3581 329010
info@wirtschaft-goerlitz.de

ENTWICKELN. FÖRDERN. BEGLEITEN.

ENO mbH | Elisabethstraße 40 | 02826 Görlitz

An alle Bieter

Ihre Nachricht vom	unser Zeichen	unsere Nachricht vom	Ort, Datum	Seite

Aufforderung zur Angebotsabgabe

Bezeichnung der Leistung:

„Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes für die Versorgung nachhaltiger Gewerbe- und Industrieflächen mit regional erzeugter erneuerbarer Energie in der Region Landkreis Görlitz"

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag des Landkreises Görlitz unterstützt die Entwicklungsgesellschaft Niederschlesische Oberlausitz mbH (ENO) im Rahmen des Projektes „Multiprojektmanagement Strukturwandel im Landkreis Görlitz – Strukturwandel-Task-Force“ (gefördert aus Mitteln der Förderrichtlinie „STARK“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz) den Transformationsprozess im Landkreis Görlitz. Um die Region auch weiterhin als Energieregion zu positionieren, soll basierend auf der 2022/23 erstellten Gesamtstrategie für den Energie- und Netzausbau eine Folgestudie erarbeitet werden mit dem Ziel, regional erzeugte erneuerbare Energie in regional angrenzenden Gewerbe- und Industriegebieten zu verwenden. Dieses Projekt ist Voraussetzung für die erfolgreiche Energiewende im Einklang mit den strategischen Zielen des Landkreises Görlitz und stellt einen wichtigen Beitrag zum Strukturwandel dar.

Für dieses Vorhaben beabsichtigt die ENO nachfolgend beschriebene Leistungen im Rahmen einer Öffentlichen Ausschreibung nach §3 VOL/A in Verbindung mit dem Sächsischen Vergabegesetz zu vergeben. Aufgrund des einstufigen Verfahrens sind Nachverhandlungen verboten.

Wir freuen uns über Ihre Teilnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Sven Mimus
Geschäftsführer

Entwicklungsgesellschaft Niederschlesische Oberlausitz mbH

Elisabethstraße 40
02826 Görlitz

+49 3581 329010
info@wirtschaft-goerlitz.de

ENTWICKELN. FÖRDERN. BEGLEITEN.

Inhalt

1 Ausgangssituation 3
2 Leistungsbeschreibung und Zielstellung 4
3 Schwerpunkte der Studie 5
4 Bewerbungsbedingungen 7
4.1 Anforderungen an das Angebot 7
4.2 Bewerberfragen und Informationen zur Ausschreibung 8
4.3 Fristen 9
4.4 Vergabeverfahren, Angebotsauswertung und Zuschlagskriterien 9
4.5 Vergütung 10
4.6 Vertragsgrundlagen 10
4.7 Nutzungsrechte 10
4.8 Erforderliche Nachweise und Erklärungen 10

1 Ausgangssituation

Im Zuge des geplanten Kohleausstiegs steht der Landkreis Görlitz, wie das gesamte Lausitzer Revier, vor tiefgreifenden strukturellen und energetischen Veränderungen. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung erfordert eine umfassende Neuausrichtung der Energieversorgung, die sowohl ökologische als auch wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt. Dabei kommt der Entwicklung eines tragfähigen Energiegesamtkonzepts sowie der Überprüfung und dem Ausbau der bestehenden Energie- und Netzinfrastrukturen eine zentrale Rolle zu.

In einer ersten Studie zur Gesamtstrategie für den Energie- und Netzausbau im Landkreis Görlitz aus dem Jahr 2023 konnten erste Ergebnisse und Kernaussagen in Bezug auf die wirtschaftlichen Potenziale erneuerbarer Energien und den Hemmnissen durch unzureichende Stromnetzinfrastruktur, sowie einer möglichen alternativen Wasserstoffstrategie und Wärmetransformation getroffen werden.
Mit der jetzigen Studie soll auf regionale Nutzungspotenziale erneuerbarer Energien als relevanten Standortvorteil fokussiert werden: Im Mittelpunkt steht eine strategische Neuausrichtung, die den Ausbau erneuerbarer Energien (EE), die Weiterentwicklung der Netzinfrastruktur sowie die Wirtschaftsentwicklung integrativ und zukunftsorientiert zusammenführt und damit regionale wettbewerbsfähige Wertschöpfungsketten schafft.

Aktuell behindern **langsame Netzausbauprozesse** die Integration geplanter EE-Projekte: Bis 2030 könnten Projekte von bis zu 1 Gigawatt installierter Leistung realisiert werden, doch aufgrund fehlender Netzanschlüsse drohen diese zu scheitern. Gleichzeitig erfordert die Dekarbonisierung der Industrie neue Lösungen und sektorenübergreifende Kopplung.

Die **Bewerbung der Lausitz als Net Zero Valley** mit größeren kurzfristig zu entwickelnden Industrie- und Gewerbeflächen bietet Chancen, die Region als europäische Modellregion für Klimaneutralität zu positionieren. Geplant ist eine bundeslandübergreifende Etablierung von Produktionsstandorten für innovative Netto-Null-Technologien – von Wasserstoffinfrastruktur bis zu kreislauforientierten Industrieclustern. Herausfordernd bleibt die Synchronisation von Infrastrukturmaßnahmen bei gleichzeitig steigendem Bedarf echter grüner Energie an den geplanten Standorten.

Eine Schlüsselrolle spielt dabei die geplante Ausweisung mehrerer gewerblicher und industrieller Flächen im nördlichen Landkreis Görlitz bei fehlender bzw. nicht auskömmlicher Stromnetzinfrastruktur und gleichzeitig hohem EE-Ausbaupotenzial.

Für die Machbarkeitsstudie gilt es, aufbauend auf den vorangegangenen Studien eine integrierte Gesamtlösung für die energetische Versorgung industrieller Ansiedlungen in der Region zu erarbeiten, basierend auf der regionalen Erzeugung grüner Energien. Dabei sind vorangegangene Studien sowie der aktuelle Rechtsrahmen zu berücksichtigen. Das Konzept soll darüber hinaus eine Blaupause für Kommunen und Stadtwerke bieten, wie die Einbindung regional erzeugter Energie rechtssicher erfolgen kann.

Zu den Vorgängerstudien zählen insbesondere die „Gesamtstrategie für den Energie- und Netzausbau im Landkreis Görlitz“ und deren Folgestudien zur Trassenmodellierung und Betreibergesellschaft als auch die Studie des Industrieparks Schwarze Pumpe (ISP) zur Errichtung eines geschlossenen Verteilnetzes und der Bereitstellung regional erzeugter grüner Energie für die kostengünstige Versorgung der ansässigen Unternehmen.

Für die Entwicklung einer innovativen Versorgungslösung soll das „Referenzkraftwerk Lausitz (RefLau)“, welches sich intensiv mit der stabilen Versorgung durch 100% erneuerbarer Energie auseinandersetzt und ebenfalls am ISP ansässig ist, sowie das „DC-Lab Saxony“, welches sich mit

innovativen Stromnetztechnologien, insb. Lösungen auf Gleichspannungsebene, befasst, in die Betrachtungen der Studie intensiv eingebunden werden.

2 Leistungsbeschreibung und Zielstellung

Die Studie zeigt basierend auf den bestehenden bzw. geplanten EE-Vorhaben und den ausgewiesenen Net-Zero-Valley-Lausitz Gewerbe- und Industrieflächen modellhaft auf, wie technisch stabil und rechtssicher industrielle Ansiedlungen in der Region mit 100% erneuerbarer regional erzeugter Energie versorgt werden können und wie die dafür notwendige Infrastruktur refinanziert werden kann.

Im Ergebnis wird unter Einbeziehung der Vorgängerstudien eine Netzinfrastruktur modelliert und kalkuliert, die mindestens zwei der geplanten Gewerbeflächen und deren Unternehmen stabil mit Energie versorgen kann und rechtssicher Energie über längere Strecken einsammeln als auch in den Industriegebieten verteilen kann. Darüber hinaus ist das Betreibungsmodell, ebenfalls basierend auf der Vorgängerstudie anzupassen.

Ziel ist die Schaffung von industriellen Standortvorteilen im Rahmen der Net-Zero-Valley-Bewerbung durch kostengünstige Energieversorgung an den gewählten Standorten.

Zielsetzung der Machbarkeitsstudie

a) **Analyse der bestehenden Ausbaupotenziale und Netzinfrastruktur**
Die Studie soll auf den, im vorangegangenen Gesamtenergiekonzept aus dem Jahr 2022, identifizierten Ausbaupotenzialen und Problemlagen der Netzinfrastruktur aufbauen. Sie soll systematisch untersuchen, wie die Potenziale erneuerbarer Energien im Landkreis Görlitz optimal genutzt werden können, um den Wirtschaftsstandort zu stärken – auch unter der Annahme, dass der Netzausbau nur verzögert oder in begrenztem Umfang erfolgt.

b) **Entwicklung von Versorgungsmodellen für Gewerbe- und Industriegebiete**
Es sollen Szenarien und Modelle entwickelt werden, wie die im Rahmen der Net Zero Valley-Bewerbung betrachteten Gewerbe- und Industriegebiete zuverlässig und kosteneffizient mit lokal erzeugter grüner Energie versorgt werden können. Hierbei sind insbesondere innovative Ansätze wie lokale Energienetze, Direktbelieferung, Speicherlösungen und Sektorenkopplung zu berücksichtigen. Mit der Entwicklung derartiger Lösungen soll gezielt die Ansiedlung von Unternehmen und Technologien gefördert werden, welche auf das Netto-Null-Ziel ausgerichtet sind.

c) **Bewertung Machbarkeit in wirtschaftlicher, technischer und rechtlicher Hinsicht**
Die Studie soll die technische Umsetzbarkeit und die wirtschaftliche Tragfähigkeit der vorgeschlagenen Versorgungsmodelle bewerten. Ziel ist es, konkrete Handlungsempfehlungen für die Schaffung attraktiver Standortbedingungen durch stabile und preisgünstige Energieversorgung zu geben. Außerdem sollen relevante gesetzliche, regulatorische und fördertechnische Rahmenbedingungen analysieren und Empfehlungen geben, wie diese optimal für die Umsetzung genutzt werden können.

d) **Identifikation von Synergien durch Kooperation**
Die Machbarkeitsstudie soll aufzeigen, wie durch die enge Zusammenarbeit von Kommunen, Unternehmen und Wissenschaft Synergien geschaffen und genutzt werden können, um die Energiewende im Landkreis Görlitz voranzutreiben und die regionale Wertschöpfung zu steigern.

e) **Bewertung weiterer energetischer Anfragen an Stadtwerke und Kommunen**
Kommunen werden derzeit mit verschiedensten Anfragen, so zum Beispiel Batteriespeicheranfragen oder Rechenzentren als Einzellösungen in der Nähe von Hochspannungsleitungen konfrontiert. Diese Anfragen gilt es grob zu bewerten und den Kommunen eine Handreichung für ihre tägliche Arbeit zu geben.

3 Schwerpunkte der Studie

Im Rahmen einer Studie sollen die Rahmenbedingungen und ein konkretes Konzept für eine „Gesamtstrategie für den Energie- und Netzausbau im Landkreis Görlitz 2.0" eruiert und erarbeitet werden. Diesbezüglich sind folgende Arbeitspakete zu bearbeiten:

AP 1: Fortschrittsbilanz 2023–2025 (10 %)

1. Datensichtung
   - Gesamtstrategie für den Energie- und Netzausbau des Landkreises Görlitz (siehe: https://sichtwechsel-zukunft.de/images/Downloads/Gesamtstrategie.pdf)
   - Trassenstudie (wird vom Auftraggeber zugearbeitet)
   - Studie Beteiligungs- und Betreibungsmodell (wird vom Auftraggeber zugearbeitet)

2. Ausbaufortschritt der EE-Anlagen:
   - Quantitative Erfassung des EE-Ausbaus (Solar, Wind, Biomasse, Wasserstoff) seit 2022
   - Aktualisierung der Erfassungsdaten seit der Erstellung der Gesamtstrategie
   - Abschätzung realistischer Zubau

3. Netzausbaustatus:
   - Umsetzungsstand der bisherigen Maßnahmen
   - Zusammenfassung aktueller Netzausbau- und Netzentwicklungspläne mit zeitlicher Einordnung und Kapazitätsausbauprognosen
   - Identifikation von Umsetzungshemmnissen und Erfolgsfaktoren

AP 2: Net Zero Valley Lausitz – sächsischer Teil (20 %)
(siehe: www.netzerovalley.eu)

4. Standortprofilierung
   - Identifikation und Kurzbewertung der im Net-Zero-Valley Lausitz-Antrag präferierten Industrie- und Gewerbeflächen in der sächsischen Lausitz (6 Flächen mit insg. > 400ha Gewerbe- und Industriefläche)
   - Analyse der vorhandenen Anschlusskapazitäten Strom an den Standorten
   - Abschätzung der Bedarfe bis 2030/35 im Zuge der Ansiedlungsaktivitäten und unter Berücksichtigung der gewählten Technologien
   - Abgleich mit bestehenden und geplanten EE-Vorhaben sowie EE-Potenzialen im Hinblick auf bundesweite Ausbauziele (Regionalplanentwurf Wind) im Umfeld der Flächen, Einschätzung der Versorgungsmöglichkeit durch regional erzeugte Energie

AP 3: Fokus Direktversorgung (50 %)

5. Technische Voraussetzungen
   - Betrachtung der Netzstabilität und Analyse des optimalen Energiemix
   - Anbindung an Verteilnetze unter Berücksichtigung von Umfang und Kapazität
   - Analyse bestehender „integrierter Energienetze“ auf Basis erneuerbarer Energien
   - Machbarkeit dezentraler Micro Grids für Industrie und Kommunen

6. Rechtliche Rahmenbedingungen
   - Übersicht bestehender Lösungen für Direktversorgungen durch regional erzeugte erneuerbare Energien
   - Analyse regulatorischer Hürden für Energieversorgungslösungen
   - Berücksichtigung der EU RED III-Richtlinie
   - Regulatorische Möglichkeiten für „integrierte Energienetze“ / „Micro Grids“
   - Bewertung von regulierten öffentlichen Netzen gegenüber „integrierten Energienetzen“ / „Micro Grids“
   - Skizzierung notwendiger Vertragswerke

7. Finanzierung und Refinanzierung
   - Betrachtung verschiedener Finanzierungsmodelle für Infrastrukturprojekte (z.B. Contracting, PPP, etc.)
   - Notwendige Gesellschaftsstruktur für die Betreibung eines solchen Netzes und der rechtlichen Beziehungen zwischen Vorhabensträgern von EE-Projekten und Letztverbrauchern auf den Gewerbeflächen
     - Einbindung betroffener Kommunen und des Landkreises Görlitz in die Gesellschaft
   - Erstellung eines Business Cases für eine solche Infrastruktur am Beispielprojekt „Green Fuel Lausitz“ (Industriepark Schwarze Pumpe) sowie Abschätzung der Gesamtenergiekosten auf Verbraucherseite

AP 4: Prüfung weitere Potenziale und Bewertung für Kommunen ausgehend von AP 2 und 3 (10 %)

8. Bewertung des erstellten Modells für den Einsatz bei regionalen Stadtwerken und Versorgern

9. Analyse weitere Verbrauchs- und Wertschöpfungspotenziale
   Vision: Lausitz als Modellregion für klimaneutrale Zukunft, Stärkung der lokalen Wirtschaft und Schaffung von Arbeitsplätzen.
   - Integration von Energiespeicherprojekten ins bestehende Netz
   - Synergien durch Sektorenkopplung
     - Deutsches Zentrum für Astrophysik und Rechenzentren (Energiebedarf und Abwärmenutzung)
     - Stadtwerke (Wärmeplanung)
     - E-Mobilität und Ladeinfrastruktur

10. Bewertung aktueller Anfragen an Kommunen im energetischen Sektor z.B.
    - Batteriespeicher
    - Rechenzentren
    - Ladeparks
    - Wasserstoff

AP 5: Handlungsempfehlungen (10 %)

11. Schaffung einer geeigneten Netzinfrastruktur und Nutzung der erzeugten erneuerbaren Energie in lokalen Gewerbe- und Industriegebieten (Standorte NZV und ISP)

12. Priorisierte Maßnahmenliste für die NZV-Entwicklung bis 2030 in Bezug auf die Energieversorgung

Abstimmungen mit dem Auftraggeber

Die Konzepterarbeitung erfolgt in enger Kooperation mit dem Auftraggeber und den Stakeholdern des Landkreises Görlitz. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sämtliche Aktivitäten, Zwischenschritte und Ergebnisse mit dem Auftraggeber abzustimmen.

Im Rahmen des Projektes sollen Workshops (unter anderem ein Auftaktworkshop und die Ergebnispräsentation vor Ort, sowie mind. 2 zusätzliche Vorort-Termine) mit dem Auftraggeber sowie notwendigen Partnern und Stakeholdern stattfinden. Hierzu zählen insbesondere:

- Entwicklungsgesellschaft Niederschlesische Oberlausitz mbH
- Flächenentwicklungsgesellschaft Landkreis Görlitz mbH
- Landratsamt Landkreis Görlitz
- DC-Lab Saxony
- Referenzkraftwerk Lausitz GmbH (RefLau)
- Einbindung von EU-Experten über bestehendes „Technical Assistance for Regions undergoing a Green Energy Transition (TARGET)“-Projekt der ENO insbesondere für die Aufgaben des AP3
- Einbindung ausgewählter Netzbetreiber (in Abstimmung mit dem Auftraggeber)
- Einbindung ausgewählter Vorhabensträger im Bereich erneuerbare Energien (in Abstimmung mit dem Auftraggeber)
- Einbindung ausgewählter Industrieunternehmen (in Abstimmung mit dem Auftraggeber)

Bei Bedarf können außerdem kurze telefonische und ggf. 2-wöchentliche videobasierte Statusgespräche mit dem Auftraggeber durchgeführt werden. Bei Bedarf sind weitere Akteure und ggf. externe Akteure einzubinden und zu beteiligen. Der Rhythmus wird im Auftaktworkshop gemeinsam definiert.

Berichtslegung und Datenübergabe

Dem Auftraggeber ist die End-/Dokumentation in digitaler Form zu übergeben. Sämtliche Rohdaten sowie Texte, Tabellen, Grafiken und Präsentationen müssen in bearbeitbaren Formaten zur Verfügung gestellt werden. Für die Dokumentation des Endergebnisses sind mind. 2 Korrekturschleifen einzuplanen.

4 Bewerbungsbedingungen

4.1 Anforderungen an das Angebot

Das Angebot muss in deutscher Sprache verfasst und mit einer rechtsgültigen Unterschrift versehen sein. Die Abgabe des Angebots muss bis einschließlich 03.07.2025, 23:59 Uhr auf der Vergabeplattform eVergabe eingereicht werden.

Das Angebot soll so aufgebaut und konzeptionell untersetzt sein, dass für den Auftraggeber klar erkennbar und bewertbar ist, wie die Inhalte der Ausschreibung nach Positionen gegliedert und umgesetzt werden sollen sowie mit Kosten hinterlegt sind. Es ist ebenfalls aufzuführen, welche

fachlichen Expertisen ggf. auch von Dritten eingeholt werden sollten. Zudem ist eine detaillierte Zeitplanung mit Meilensteinen beizulegen.

Der Auftragnehmer garantiert die Erfüllung finaler Qualitätsanforderungen im Falle des Einsatzes von externen Dienstleistern bzw. „Nachunternehmern".

Der Auftragnehmer garantiert die Zusammenarbeit mit den Projektmitarbeitenden der ENO für die Erstellung des Energiegesamtkonzeptes und handelt stets nach den Zielstellungen des Landkreises Görlitz.

Nachauftragnehmer und Konsortienbildung sind im Verfahren zulässig und wünschenswert.

4.2 Bewerberfragen und Informationen zur Ausschreibung

Fragen zur Leistung und zum Verfahren werden ausschließlich in Textform über die Vergabeplattform und nur bis spätestens zum 27.06.2025, 12:00 Uhr entgegengenommen und unverzüglich beantwortet.

Alle Antworten auf Bewerberfragen sowie eventuelle Ergänzungen oder Änderung an den Vergabeunterlagen werden ausschließlich auf dem Vergabeportal "evergabe.de" (https://www.evergabe.de/) unter der gleichen ID Nr. wie der zur Bekanntmachung dieser Vergabe veröffentlicht und stehen dort ebenfalls zum Download zur Verfügung.
Nur Bewerber, die sich zum Download der Vergabeunterlagen auf dem Vergabeportal "evergabe.de" registriert haben, erhalten eine automatische Mitteilung über diese Bewerberinformationen. Anderen Bewerbern obliegt es eigenverantwortlich, sich über Antworten auf Bieterfragen sowie eventuelle Ergänzungen oder Änderung an den Teilnahmeunterlagen zu informieren. Wir weisen darauf hin, dass die Nichtbeachtung dieser Informationen zu fehlerhaften Angeboten führen könnte.

Die interessierten Unternehmen und freiberuflich Tätigen werden gebeten, die Unterlagen nach Erhalt unverzüglich auf Vollständigkeit und auf etwaige Unklarheiten zu prüfen. Enthalten die Unterlagen nach Auffassung eines Bewerbers unklare Regelungen oder werfen sie Fragen auf, die die Erstellung des Teilnahmeantrages oder die Preisermittlung beeinflussen können, so hat der Bewerber den Auftraggeber unverzüglich darauf hinzuweisen.

Angebote, die nicht frist- und formgerecht eingehen, werden ausgeschlossen. Der Auftraggeber wendet die Bestimmungen des Sächsischen Vergabegesetzes und der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen an. Der öffentliche Auftrag wird an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen vergeben, die nicht nach den §§ 123 und 124 GWB ausgeschlossen werden. Ein Bewerber ist geeignet, wenn er die Eignungskriterien (Zuverlässigkeit; wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit; technische und berufliche Leistungsfähigkeit) erfüllt (vgl. § 122 GWB).

Etwaige Änderungen bzw. Berichtigungen des Angebotes sind bis zum Ende der Angebotsfrist in entsprechender Form wie das Angebot einzureichen. Bis zum Ende der Bewerbungsfrist kann das Angebot schriftlich zurückgezogen werden. Danach sind Sie bis zum Ablauf der genannten Bindefrist an Ihre Angaben gebunden.

Bietergemeinschaften haben sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft sowie deren bevollmächtigten Vertreter/ bevollmächtigte Vertreterin zu benennen. Sofern sich ein Bewerber/ eine Bewerberin zum Nachweis seiner/ ihrer Eignung (Eignungsleihe) auf die Kapazitäten eines Unterauftragnehmers/ einer Unterauftragnehmerin beruft, hat er/ sie die geforderten Nachweise auch für das betreffende Unternehmen vorzulegen.

Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung eines Angebotes und ggf. zur Erfüllung des Auftrages verwendet werden. Jede Nutzung für andere Zwecke ist untersagt. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Auftraggebers zulässig. Wird kein Angebot oder Antrag abgegeben, so sind die Vergabeunterlagen in eigener Zuständigkeit zu vernichten.

Für die Erstellung der Bewerbungs- und Angebotsunterlagen werden keine Kosten erstattet.

4.3 Fristen

Frist für Bieterfragen:	27.06.2025, 12 Uhr
Ende der Bewerbungsfrist:	03.07.2025, 23:59 Uhr gem. § 3 VOL/A,
Ende der Zuschlags- und Bindefrist:	25.07.2025, 23:59 Uhr
Dauer des Vertrages:	Ab Zuschlagserteilung bis 31.01.2026. Eine kostenneutrale Verlängerung ist durch Begründung möglich, wenn der Auftraggeber zustimmt

4.4 Vergabeverfahren, Angebotsauswertung und Zuschlagskriterien

Auftragsvergabestelle:

Entwicklungsgesellschaft Niederschlesische Oberlausitz mbH
Elisabethstraße 40
02826 Görlitz

Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung nach §3 VOL/A in Verbindung mit dem Sächsischen Vergabegesetz mit ausschließlich elektronischer Kommunikation, Angebotsabgabe und Bewerbung. Bis zur Angebotsabgabe erfolgt die Kommunikation ausschließlich über eVergabe, anschließend kann der Kontakt weiter via E-Mail erfolgen.

Nebenangebote:

Es sind keine Nebenangebote zugelassen.

Angebotsauswertung:

Die Angebotsauswertung erfolgt über eine Punktbewertungsmatrix. Nach dem Eingang aller Angebote werden zunächst Ausschlusskriterien überprüft. Anschließend erfolgt die Bewertung aller Angebote.

Der Zuschlag erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot. Die Ausschluss-, Eignungs- und Zuschlagskriterien werden in Anlage 6 ersichtlich.

Bewertungskriterien:

In die Bewertung der Angebote fließen folgende Zuschlagskriterien ein:
30 % Preis
20 % Inhaltliches Konzept
50 % Fachexpertise

Das Angebot soll so aufgebaut sein, dass für den Auftraggeber klar erkennbar und bewertbar ist, wie die Inhalte der Ausschreibung nach Positionen gegliedert und umgesetzt werden sollen sowie mit Kosten hinterlegt sind.

In Anlage 6 „Bewertungsmatrix“ ist das Bewertungsschema nochmal grafisch dargestellt und enthält außerdem Informationen zu der erforderlichen Mindestpunktzahl.

4.5 Vergütung

Bis zum 15.12.2025 sind Teilrechnungen in Höhe von 80% der Gesamtleistung in Rechnung zu stellen. Dafür ist ein Foliensatz mit den erarbeiteten Ergebnissen vorzulegen. Der offene Betrag wird nach Abgabe des Strategiepapiers nach Ende der Projektlaufzeit ausgezahlt. Teilrechnungen sind mit dem Auftraggeber abzustimmen.

Das finanzielle Angebot umfasst einen Festpreis für die gesamte Leistung und ist brutto in Euro, Bruchteile in vollen Cent (zwei Stellen nach dem Komma) anzugeben.
In dem Festpreis sind alle Nebenkosten (wie z.B. Reisekosten, Wegezeiten, erforderliche Abstimmungs- und Arbeitsgespräche, Gebühren für Arbeitsmaterial u. ä.) einzukalkulieren und entsprechend auszuweisen.

Die ausgeschriebene Leistung wird durch Fördermittel des BMWK aus dem Programm „STARK“ (Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten) im Rahmen des Projektes „Multiprojektmanagement Strukturwandel im Landkreis Görlitz – Strukturwandel-Task-Force“ finanziert. Für die Leistung stehen 250.000 € (brutto) zur Verfügung.

4.6 Vertragsgrundlagen

Vertragsgrundlage ist das Angebot des Auftragnehmers, einschließlich aller Anlagen, sowie die Vergabeunterlagen des Auftraggebers. Darüber hinaus gelten die Allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B), soweit nichts anderes vereinbart ist. Die Bewerber dürfen ihrem Teilnahmeantrag keine eigenen Vertragsbedingungen zugrunde legen.

4.7 Nutzungsrechte

Der Auftragnehmer überträgt dem Auftraggeber ein zeitlich und räumlich uneingeschränktes Nutzungsrecht. Die Arbeitsergebnisse und die Rechte an diesen gehen auf den Auftraggeber über.

4.8 Erforderliche Nachweise und Erklärungen

Anlage 1	-	Vordruck Eigenerklärung
Anlage 2	-	Vordruck Erklärung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz bzw. Mindestlohngesetz
Anlage 3	-	Vordruck zu Haftpflicht und Umsatz
Anlage 4	-	Vordruck Verpflichtungserklärung Nachunternehmer
Anlage 5	-	Vordruck Erklärung der Bietergemeinschaft
Anlage 6	-	Bewertungsmatrix
Anlage 7	-	Preisblatt

Mit dem Angebot sind auf gesonderten Anlagen folgende Unterlagen vorzulegen (Abschließende Auflistung; Unterlagen zur Eignung des Bieters sind bei Bietergemeinschaften von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen)

Entwicklungsgesellschaft Niederschlesische Oberlausitz mbH

Elisabethstraße 40
02826 Görlitz

+49 3581 329010
info@wirtschaft-goerlitz.de

(1) Übersicht und Kurzbeschreibung über die in den letzten 3 Jahren geleisteten Arbeiten, die mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar sind (Beschreibung des Auftragsgegenstands).
(2) Angabe der Namen und der beruflichen Qualifikation der Personen, die im Falle eines Zuschlags für den Auftrag zuständig sein werden. Darstellung der Projekterfahrung dieser Personen.
(3) Eigenerklärung auf Anlage 1 (Die Vergabestelle akzeptiert auch die Verwendung des Vordruckes der „Einheitlichen europäischen Eigenerklärung“ (EEE) nach Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 zur EU-Richtlinie 2014/24/EU)
(4) Erklärung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz beziehungsweise Mindestlohngesetz (Anlage 2)
(5) Erklärung zur Betriebshaftpflicht und zum Jahresumsatz auf Anlage 3
(6) Nachauftragnehmerverzeichnis zur Eignungsleihe (Anlage 4)*
(7) Erklärung einer Bietergemeinschaft auf Anlage 5)* Benennung welches Mitglied welche Aufgaben und Themenstellungen übernimmt

Mit * gekennzeichnete Anlagen sind nur bei Bedarf auszufüllen.

Anlage 1 - Vordruck Eigenerklärung

Eigenerklärung zu den §§ 123, 124 GWB

1. Der Bewerber/ die Bewerberin/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Unterauftragnehmer / die Unterauftragnehmerin erklärt, dass er/ sie nicht von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren auszuschließen ist, weil eine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

   - § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b des Strafgesetzbuches (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland) (§ 123 Abs. 1 Nr. 1 GWB).

   - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen (§ 123 Abs. 1 Nr. 2 GWB).

   - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte) (§ 123 Abs. 1 Nr. 3 GWB).

   - § 263 des Strafgesetzbuches (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden (§ 123 Abs. 1 Nr. 4 GWB).

   - § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden (§ 123 Abs. 1 Nr. 5 GWB).

   - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr) (§ 123 Abs. 1 Nr. 6 GWB).

   - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) (§ 123 Abs. 1 Nr. 7 GWB).

   - §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete) (§ 123 Abs. 1 Nr. 8 GWB).

   - Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) (§ 123 Abs. 1 Nr. 9 GWB).

   - §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels) (§ 123 Abs. 1 Nr. 9 GWB).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich (§ 123 Abs. 2 GWB). Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung (§ 123 Abs. 3 GWB).

- Der Bewerber/die Bewerberin/das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/der Unterauftragnehmer/die Unterauftragnehmerin erklärt, dass die Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurden (§ 123 Abs. 4 GWB).

- Der Bewerber/die Bewerberin/das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/der Unterauftrag-nehmer/die Unterauftragnehmerin erklärt, dass keiner der in § 124 GWB genannten Fälle vorliegt, der einen Ausschluss eines Bewerbers/einer Bewerberin zur Teilnahme an einem öffentlichen Vergabeverfahren nach sich ziehen könnte.

- Er/Sie hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB).

- Er/Sie ist zahlungsfähig und es wurde über sein/ihr Vermögen kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet, keine Eröffnung beantragt oder keiner dieser Anträge mangels Masse abgelehnt, er/sie befindet sich nicht in Liquidation oder hat seine/ihre Tätigkeit nicht eingestellt (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB).

- Er/Sie hat im Rahmen seiner/ihrer beruflichen Tätigkeit nachweislich keine schwere Verfehlung begangen, die seine/ihre Integrität als Bewerber/Bewerberin in Frage stellt (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB).

- Er/Sie hat mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB).

- Er/Sie unterliegt keinem Interessenskonflikt aufgrund der Teilnahme an diesem Vergabeverfahren (§ 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB).

- Er/Sie hat keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt, welches zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB).

- Er/Sie hat in Bezug auf Ausschlussgründe und/oder Eignungskriterien keine schwer-wiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten und ist in der Lage die erforderlichen Nachweise zu übermitteln (§ 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB).

- Er/Sie hat nicht versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, oder vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die er/sie unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte (§ 124 Abs. 1 Nr. 9 lit. a),b) GWB).

- Er/Sie hat nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder solche Informationen zu übermitteln versucht (§ 124 Abs. 1 Nr. 9 lit. c) GWB).

Der Bewerber/die Bewerberin/das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/der Unterauftragnehmer/die Unterauftragnehmerin erklärt, dass für das Unternehmen sowie seine geschäftsführenden Personen:

☐ Keine Eintragungen im Gewerbezentralregister (§ 149 Abs. 2 GewO) enthalten sind. **
☐ Eintragungen im Gewerbezentralregister (§ 149 Abs. 2 GewO) enthalten sind. **
Diese lauten wie folgt (bitte in einer Anlage aufführen)

....
Ort, Datum Unterschrift/ Stempel

) * = Personen, die berechtigt sind, das gesamte Unternehmen zu vertreten.
)** = zutreffendes ankreuzen

Anlage 2 - Erklärung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz bzw. Mindestlohngesetz

Erklärung
im Zusammenhang mit dem Ausschluss von der Vergabe Öffentlicher Aufträge

- nach § 21 des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Arbeitnehmer-Entsendegesetz - AEntG) sowie
- nach § 19 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG)

Ich/ Wir erklären, dass weder mein/ unser Unternehmen noch Angehörige des Unternehmens im Zusammenhang mit der Tätigkeit für das Unternehmen:

- wegen eines Verstoßes nach § 23 Arbeitnehmer-Entsendegesetz mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro oder
- wegen eines Verstoßes nach § 21 Mindestlohngesetz mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro

belegt worden sind.

Straf- oder Bußgeldverfahren wegen Verstoßes gegen die benannten Gesetze sind gegen mich/ uns nicht anhängig.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, dass ein Nachunternehmer/Verleiher im Rahmen dieses Auftrages nur beauftragt werden kann, wenn dieser eine gleichlautende Erklärung abgibt.
Ich/ Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Abgabe der vorstehenden Erklärung meinen/ unseren Ausschluss von diesem und weiteren Vergabeverfahren zur Folge haben kann.

....
Ort, Datum Unterschrift/ Stempel

Anlage 3 - Vordruck zu Haftpflicht und Umsatz

Eigenerklärung zur Betriebshaftpflichtversicherung und zum Jahresumsatz

.....
Name des sich Erklärenden

☐ Ich erkläre/ Wir erklären, dass ich/ wir über eine Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungsummen verfüge/ verfügen:
- 1,5 Millionen € bei Personenschäden
- 1,0 Millionen € bei Sach- und Vermögenschäden

Versicherungsgesellschaft: .....

Oder

☐ Ich erkläre/ Wir erklären, dass ich/ wir über die Bestätigung der nachgenannten Versicherungsgesellschaft verfüge/ verfügen eine Betriebshaftpflichtversicherung mit den o.g. Mindestdeckungssummen im Falle des Zuschlages abschließen oder erweitern zu können.

Versicherungsgesellschaft: .....

Darüber hinaus erkläre/n ich/ wir, dass ich/ wir im Zuschlagsfall mit in Kraft treten des Vertrags einen Nachweis über das Vorliegen dieser gültigen Betriebshaftpflichtversicherung unaufgefordert innerhalb von vier Wochen vorlegen werde/ werden.

....
Ort, Datum Unterschrift/ Stempel

Ich erkläre/ Wir erklären einen Jahresumsatz im Geschäftsbereich 2022 von :.....
und einen Jahresumsatz im Geschäftsbereich 2023 von ..... erzielt zu haben.

....
Ort, Datum Unterschrift/ Stempel

Anlage 4 - Vordruck Verpflichtungserklärung Nachunternehmer

Verpflichtungserklärung
bei Leistungen durch andere Unternehmer (Nachunternehmer)

Erklärung zum Angebot des Bieters
Name und Anschrift des Bieters, für den die Leistung erbracht werden soll:

.....
.....
.....
.....

Vorgesehene Leistungserbringung durch den Nachunternehmer (in Kurzform):

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bieter die aufgeführten Leistungen zu erbringen, für die unser Unternehmen als Leistungserbringer vom Bieter vorgesehen ist. Alle dafür erforderlichen personellen, sachlichen, finanziellen und sonstigen Mittel stellen wir zur Verfügung.

....
Ort, Datum Unterschrift/ Stempel

Anlage 5 - Vordruck Erklärung der Bietergemeinschaft

Erklärung der Bietergemeinschaft (vom Bieter bei Bedarf auszufüllen)
Wir, die nachstehend aufgeführten Firmen,

Mitglied 1 .....

Mitglied 2 .....

Mitglied 3 .....

Mitglied 4 .....
beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Bietergemeinschaft zu bilden.

Bevollmächtigter Vertreter: .....:……
Telefonnummer: .....
Faxnummer: .....
E-Mail-Adresse: .....

(Falls eigener Name der Bietergemeinschaft, bitte eintragen): .....
.....

Wir erklären, dass
- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

....
Ort, Datum Unterschrift/ Stempel Mitglied 1

....
Ort, Datum Unterschrift/ Stempel Mitglied 2

....
Ort, Datum Unterschrift/ Stempel Mitglied 3

....
Ort, Datum Unterschrift/ Stempel Mitglied 4

Anlage 6 – Bewertungsmatrix

Ausschluss- und Eignungskriterien

	Ausschluss- bzw. Eignungskriterien	Bieter1			Bieter2			Bieter3		
1	**Ausschlusskriterien**	**Ja**	**Nein**	**Begründung bei Ausschluss**	**Ja**	**Nein**	**Begründung bei Ausschluss**	**Ja**	**Nein**	**Begründung bei Ausschluss**
1.1	Vollständigkeit der Bewerbungsunterlagen und fristgerechter Eingang									
1.2	Erklärungen und Nachweise in verlangter Form erbracht									
	Ergebnis zum Ausschluss									
2	**Eignungskriterien**	**Ja**	**Nein**		**Ja**	**Nein**		**Ja**	**Nein**	
2.1	Qualifikation des eingesetzen Personals in Bezug auf die geforderte Leistung sind im Angebot enthalten									
2.2	Das Angebot liegt mindestens in deutscher Sprache vor									

Keine weitere Berücksichtigung des Bieters bei Nichteignung in vorgenannten Punkten.

Zuschlagskriterien

	Zuschlagskriterum	Wichtig-keit in %	Bieter 1		Bieter 2		Bieter 3	
			erreichte Punktzahl (1-10)	gewichtete Punkte	erreichte Punktzahl (1-10)	gewichtete Punkte	erreichte Punktzahl (1-10)	gewichtete Punkte
1.	**Fachexpertise**	**50**						
1.1.	Referenzen, die mit den Bedingungen der Ausschreibung vergleichbar sind, mind. 3 Referenzen (jeweils 5 Punkte)	20		0,0		0,0		0,0
	Begründung							
1.2.	Team & Fachexpertise	20		0,0		0,0		0,0
	Begründung							
1.3.	Regionale Vernetzung / Kenntnis im Angebot dargestellt	10		0,0		0,0		0,0
	Begründung							
2.	**Inhaltliches Konzept**	**20**						
2.1	Plausibilität und Vollständigkeit der dargestellten Schritte (=Methodische Vorgehensweise)	15		0,0		0,0		0,0
	Begründung							
2.2	Projektorganisation (Kommunikationswege, Reporting-Rhythmus etc.)	5		0,0		0,0		0,0
	Begründung							
3.	**Wirtschaftlichkeit**	**30**						
3.1	Bewertung der Angebotssumme	30		0,0		0,0		0,0
	Begründung		=(Geringster Angebotspreis aller bewerteter Angebote/ Angebotspreis)*Wichtung Stark abweichende Preise müssen auf Nachfrage schlüssig begründet werden.					
	Gesamtergebnis	100		0,0		0,0		0,0

Anlage 7 – Preisblatt

Bieter:_____

Arbeitspaket	Zeit (Tage)	Tagessatz	Preis netto	USt.	Preis brutto
1) Fortschrittsbilanz 2023–2025					
2) Net Zero Valley Lausitz – sächsischer Teil					
3) Fokus Direktversorgung					
4) Prüfung weitere Potenziale und Bewertung für Kommunen ausgehend von AP 2 und 3					
5) Handlungsempfehlungen					
Gesamt					